

Teichmann-Nadiraschwili, Christine
Nachrichten. (Mittel-Ost-Europa)

Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 11 (2002) 1, S. 180-193



Quellenangabe/ Reference:

Teichmann-Nadiraschwili, Christine: Nachrichten. (Mittel-Ost-Europa) - In: Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 11 (2002) 1, S. 180-193 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-165294 - DOI: 10.25656/01:16529

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-165294>

<https://doi.org/10.25656/01:16529>

in Kooperation mit / in cooperation with:



Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

<https://www.hof.uni-halle.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Nachrichten

Künftig werden an dieser Stelle Informationen aus politischen und journalistischen Originalquellen zum Thema Bildung und Wissenschaft in Osteuropa veröffentlicht, die kurze Einblicke in aktuelle Reformentwicklungen geben. Nicht immer sind solche Informationen ohne weiteres allen Interessierten rasch und problemlos zugänglich, da zahlreiche Originalquellen aus Osteuropa nicht in englischer Sprache oder deutscher Übersetzung publiziert werden. Dies trifft insbesondere auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (und auf die Russische Föderation, den größten dieser Staaten, ohnehin) zu, in denen nach wie vor Russisch dominiert. Ziel der Veröffentlichung in der Übersetzung ist es, einen besseren Zugang zu Informationen für die Scientific Community und alle Interessierten zu eröffnen und aktuelle Entwicklungstrends aufzuzeigen, von denen bislang hierzulande nur relativ wenig zur Kenntnis genommen werden konnten.

Die erste Ausgabe konzentriert sich im wesentlichen auf zwei Informationsschwerpunkte:

1. die neue Bildungskonzeption der Russischen Föderation aus dem Jahr 2001 und deren Implikationen für das Hochschulwesen und
2. die aktuelle Entwicklung in der Wissenschaft der Republik Belarus nach den Präsidentschaftswahlen vom September 2001.

Christine Teichmann (Wittenberg)

Die Qualität des Studiums erhöhen. Wie kann man dieses Ziel erreichen, das der Präsident des Landes den Hochschulen gestellt hat

Quelle: Trud, 29.12.01, Nr. 241

<http://www.informika.ru/text/new/press/29-12.html>

Auf der in Moskau durchgeführten wissenschaftlich-praktischen Konferenz „Die Modernisierung des Bildungssystems in Russland: Strategie zum Handeln der Hochschulen unter den Bedingungen einer veränderten Haushaltfinanzierung“ hat wahrscheinlich die Frage nach der Einführung der EGE und des GIFO das größte Interesse hervorgerufen. Hinter diesen für die breite Öffentlichkeit nicht so geläufigen Abkürzungen verbergen sich die Einheitliche Staatliche Aufnahmeprüfung (EGE = Edinyj Gosudarstvennyj Ekzamen – d.Ü.) und die Staatliche personengebundene Finanzbeihilfe (GIFO = Gosudarstvennye imennye finansovye ob'jazatelstva – d.Ü.) - Kategorien, die in den nächsten Jahren in das Leben von Millionen Schulabgängern und Studenten Eingang finden werden. Das in diesem Jahr begonnene Experiment zur Einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung wird im Frühjahr – Sommer kommenden Jahres (2002 – d.Ü.) fortgesetzt und ausgeweitet. Ca. zwei Dutzend Republiken und Gebiete haben den Wunsch geäußert, diese Innovation auszuprobieren. Entsprechend den Plänen von Staatsrat und Regierung, die vom Präsidenten des Landes gebilligt wurden, sollen im Falle einer erfolgreichen Durchführung des Experiments EGE und GIFO Schlüsselfaktoren bei der Modernisierung des Systems der höheren beruflichen Bildung werden. Wir haben uns an Boris Rudnik, den Direktor des Instituts für Bildungsentwicklung der staatlichen Universität an der Hochschule für Wirtschaft, in der die wissenschaftlich-praktische Konferenz stattfand, mit der Bitte gewandt, über das Wesen, die Ziele und Probleme der EGE und des GIFO zu berichten. – Boris Lvovič, was hat dazu geführt, dass es notwendig wurde, von den traditionellen Abschlussprüfungen in der Schule und den Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen zu einer einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung überzugehen? – Gründe dafür gibt es mehrere. Dieser Übergang soll die physische und psychische Belastung für die Schulabgänger verringern, die dadurch hervorgerufen werden, das zweifache Prüfungen abgelegt werden müssen. Auch die finanzielle Belastung wird geringer, die der Familie auferlegt wurde, wenn die Kinder an eine Hochschule wollen. Derzeit werden doch jährlich bis zu 30 Mrd. Rubel

aus dem Familienbudget für Nachhilfelehrer und Schmiergelder (verdeckte oder direkte) für den Hochschulzugang aufgewendet. Wenn die EGE richtig organisiert werden, werden Korruption und Bestechung an der Grenze zwischen „Schule und Hochschule“ viel schwieriger. Außerdem – wenn jemand erfolgreich die EGE bestanden hat und ein ausreichend hohes GIFO bekommt, so hat er die Möglichkeit, sich an jeder beliebigen Hochschule in Russland zu bewerben, indem er per Post seine Unterlagen dorthin schickt und er muss nicht erst in eine andere Stadt fahren, um dort an Aufnahmeprüfungen teilzunehmen. – Könnten Sie uns etwas näher erläutern, was das GIFO ist? Und bedeutet das neue System mit den Prüfungen nicht doch, dass die kostenfreie Ausbildung aufgegeben wird? – Beginnen wir damit, dass Hochschulausbildung bei uns heute für viele Studenten kostenpflichtig ist. Außerdem hat in diesem Jahr die Zahl der Erstsemester, die ein gebührenpflichtiges Studium absolvieren, die 50 Prozent-Marke von der Gesamtzahl überschritten. Heute werden an unseren Hochschulen nur zwei Kategorien von Studierenden aufgenommen – die, die vollkommen kostenfrei studieren und die, die komplett auf eigene Kosten studieren. Das GIFO ist in diesem Sinne ein flexibleres System. Es sieht nicht nur kostenfreie und gebührenpflichtige Studiengänge vor, sondern auch solche, die anteilig gebührenpflichtig sind. Die Höhe der staatlichen personengebundenen Finanzbeihilfen ist unmittelbar an die Ergebnisse aus der Einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung gekoppelt. In der Erprobung sind 5 Stufen des GIFO vorgesehen. Die erste, d.h. die höchste, erhalten diejenigen, die am besten in den EGE abgeschnitten haben. Sie können kostenfrei praktisch an jeder Hochschule Russlands studieren. Demjenigen, der am schlechtesten bei den EGE abgeschnitten hat, wird die fünfte, d.h. niedrigste Stufe des GIFO zuerkannt. Das bedeutet, dass dieser Abiturient an einer Hochschule ein gebührenpflichtiges Studium aufnehmen kann. Alle anderen werden in Abhängigkeit von der Stufe des GIFO nur anteilig für ihr Studium bezahlen müssen. GIFO – das sind keine „lebendigen“ Gelder, die der Abiturient auf die Hand bekommt, um ein Studium an der Hochschule zu bezahlen. Es ist eine Einstufung, die als Beleg dafür gilt, mit welchem Ergebnis die Einheitliche Staatliche Aufnahmeprüfung abgelegt wurde. Es ist eine Garantie des Staates dafür, dass er vollständig oder teilweise für die höhere Ausbildung einer Person aufkommt. - Und darin erschöpft sich die Garantie des Staates? – Nein. Entsprechend dem Gesetz „Über die Bildung“ werden jeweils von 10.000 Einwohnern Russlands 170 vollständig auf Kosten des Staats-

haushaltes studieren. Das System des GIFO trägt dem in vollem Umfang Rechnung. Gerade in der Erprobung ist vorgesehen, dass 50% der Studierenden komplett auf Kosten des Staatshaushaltes studieren sollen, die über das GIFO gezahlt werden. Außerdem sind alle Hochschulen dazu verpflichtet, kostenlos (auf Staatskosten) Personen zum Studium aufzunehmen, denen dies per Gesetz zusteht (Behinderte, Waisen u.a.). Somit wird bei der Einführung des GIFO der Anteil der Studierenden, die vollständig auf Kosten des Staatshaushalts ein Studium absolvieren, noch höher sein als derzeit. Um die föderalen und regionalen Prioritäten sicherzustellen, und um auch Studierende aus ärmeren Familien zu unterstützen, wird daran gedacht, persönliche Finanzhilfen (Subventionen) einzuführen, die dazu vorgesehen sind, den Unterschiedsbetrag zwischen der Höhe des GIFO und der Gebühr für die Ausbildung an einer konkreten Hochschule abzudecken. Diese Finanzhilfen können vollständig getilgt werden, wenn die Bedingungen des Vertrages des Studierenden mit dem Staat erfüllt werden. ... – Gut. Und wie wird sich nun die Einführung der EGE und des GIFO auf die Tätigkeit der Hochschulen, auf die Qualität der Ausbildung von Fachkräften auswirken? – Die Hochschulen werden daran interessiert sein, die Abiturienten aufzunehmen, die am besten vorbereitet sind, die eine hohe Stufe des GIFO erhalten und so natürlich solide Haushaltsgelder mitbringen. Im Kampf um die besten Abiturienten werden die Hochschulen die Ausbildungsqualität der Fachkräfte steigern und dabei vor allem derjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Es ist doch kein Geheimnis, dass es derzeit kein sonderliches Interesse daran bei den Hochschulen gibt, es blühen Formalismus, „Vitamin B“, Bestechung in den unterschiedlichsten Formen. Ohne eine Reform des Aufnahmesystems, ohne die Einführung des EGE und GIFO und eine differenzierte normative Finanzierung der Hochschulen ist es äußerst schwierig, gegen all das anzukämpfen.

Die Studenten bekommen Voucher

Quelle: Izvestija, 19.01.02, Nr. 009

<http://www.informika.ru/text/new/press/19-01.html>

Gestern hat der Pressedienst des Bildungsministeriums mitgeteilt, dass die Regierung Russlands den Beschluss zur Durchführung eines Experiments in den Jahren 2002-2003, das den Übergang einzelner Hochschulen zu ei-

ner Finanzierung unter Nutzung von staatlichen personengebundenen Bildungsbeihilfen (GIFO) regelt, bestätigt hat. Innerhalb einer Monatsfrist werden das Bildungs- und Finanzministerium einen vollständigen Plan für das Experiment erstellen.

Nach Plänen der Väter der Bildungsreform soll jeder Schulabgänger einen Voucher über eine bestimmte Geldsumme erhalten, mit der er zu einer Hochschule geht. Je besser der Abiturient bei der Einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung abschneidet, desto höher wird die Summe des GIFO ausfallen. Dieses System unterstützt die starken Hochschulen, einige andere werden einfach geschlossen. Der Rektor der Hochschule für Wirtschaft, Jaroslav Kuz'minov, glaubt, dass die Einführung des GIFO die Zahl gebührenpflichtiger Ausbildungsgänge (sie liegt jetzt bei 50%) nicht erhöhen wird, sondern im Gegenteil, ihr Anteil wird auf 35-40% zurückgehen. Viele stehen der Innovation jedoch skeptisch gegenüber. Nach Meinung des Abgeordneten der Moskauer Stadtverwaltung, Jewgenij Bunimovič, ist die Finanzfrage die umstrittenste der Bildungsreform. – Nach Schätzungen von Wirtschaftswissenschaftlern erzielen die Hochschulen gegenwärtig von einem Drittel bis zur Hälfte ihrer Einkünfte auf halblegalem Weg – durch Nachhilfe, Kurse ... Es ist schwierig, sie deshalb zu verurteilen: die Gehälter der Lehrkräfte sind sehr niedrig, -sagt Bunimovič der „Izvestija“. – Dennoch drohen mit der Bindung des Ergebnisses aus der einheitlichen Prüfung an bestimmte Gelder neue Wege der Korruption aufzutauchen. Bisläng gibt es kein Vertrauen in die einheitliche Prüfung.

Evgenij Bunimovič meint, dass das GIFO nur 20-30% der geforderten Summe abdecken könnte.

Die derzeitige Finanzierung des Bildungswesens erlaubt es dem Staat nicht, Bildungsbeihilfen zu garantieren. Zunächst einmal muss die Ausgabenstruktur im Haushalt verändert werden, erst dann kann das GIFO-System eingeführt werden – sagt Bunimovič. Eine weitere Schwierigkeit hängt damit zusammen, dass nicht ganz Russland an dem Experiment teilnehmen wird. Das heißt, dass ein Schulabgänger mit einem GIFO sich nur an einer Hochschule aus seiner Region bewerben kann.

Ein anderer Gegner des GIFO, der Rektor der MGU (= Moskauer Staatliche Universität – d.Ü.), Viktor Sadovničij, verweist darauf, dass die Ausbildung einer Fachkraft an der Moskauer Universität 20.000 Dollar kostet. Aber das GIFO kann nur den 40-sten Teil dieser Kosten abdecken ... Nach Meinung von Viktor Sadovničij wäre es sinnvoller, ein de-

zentralisiertes Finanzierungssystem zu schaffen, an dem sowohl der Staat als auch die Arbeitgeber und die Familien beteiligt wären. Beziehungsweise (fügen wir an) wäre es sinnvoll, Bildungskredite einzuführen.

Wie viel jeder Studierende kostet, wird noch in der Schule festgelegt

Quelle: Moskovskij komsomolez, 21.01.02, Nr. 22900

<http://www.informika.ru/text/new/press/21-01.html>

Die russischen Organe der Macht haben vor, im Prinzip die Schulabgänger dazu zu zwingen, an dem Experiment zur Einführung der Einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung teilzunehmen. Dieser Tage hat die Regierung zusammen mit dem Bildungsministerium beschlossen, gleichzeitig noch ein Experiment zur Finanzierung der Ausbildung der Studierenden an den Hochschulen durchzuführen. Wie ... (man) aus dem Apparat des Weißen Hauses verlauten ließ, sollen die Schulabgänger jetzt eine einheitliche staatliche Prüfung ablegen, anhand deren Ergebnisse sie staatliche personengebundene Bildungsbeihilfen erhalten werden. Dies ist eine Art Zertifikat über die Ergebnisse der abgelegten Prüfung, in dem ebenfalls beschlossen wurde festzulegen, welcher Teil der Mittel aus dem Staatshaushalt für ein Studium des Abiturienten an einer Hochschule bereitgestellt wird. Mit anderen Worten – mit diesem Dokument werden die Behörden festlegen, ob der Schulabgänger es verdient hat, kostenfrei an einer Hochschule zu studieren oder aber ob er für das Studium zuzahlen muss. ... Bei dem Experiment gibt es ein Plus: einen Studierenden, der einmal zu einem kostenfreien Studium angenommen wurde, kann man nicht in einen kommerziellen Studiengang überführen. Wie die Staatsorgane versprechen, werden mindestens die Hälfte von der Gesamtzahl der Studierenden und mindestens 25% in jeder Fachrichtung ohne Zuzahlung an den Hochschulen studieren. Wenn ein Abiturient nicht in die Kategorie der „Kostenfreien“ gekommen ist, dann schließt er mit der Hochschule einen Vertrag über seine Ausbildung ab und zahlt die Differenz zwischen den Kosten für das Studium und der Höhe der Bildungsbeihilfe, die ihm gewährt wurde. Interessant ist, dass beide Experimente als freiwillige deklariert wurden. (...)

Die einheitliche Prüfung wird in 17 Regionen durchgeführt

Quelle: *Izvestija*, 02.02.02, Nr. 019

<http://www.informika.ru/text/new/press/02-02.html>

Das Bildungsministerium hat beschlossen, dass das Experiment zur Einheitlichen Staatlichen Prüfung, die gleichzeitig sowohl als Abschlussprüfung in der Schule als auch als Aufnahmeprüfung für die Hochschule gilt, geographisch ausgeweitet wird. Im vergangenen Jahr haben 5 Subjekte der Föderation an dem Experiment teilgenommen. Der stellvertretende Bildungsminister der RF (= Russische Föderation – d.Ü.), Viktor Bolotov, übergab der „Izvestija“ eine Liste mit 17 Regionen: ... In Tschuwaschien und Marij El, wo die Ergebnisse aus der einheitlichen Prüfung im vergangenen Jahr vom Bildungsministerium als ermutigend eingeschätzt wurden, wurde beschlossen, einen nächsten und ganz wesentlichen Schritt zu tun – das Experiment gekoppelt mit den staatlichen personengebundenen Finanzbeihilfen (GIFO) durchzuführen, das heißt, dass in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Prüfung an jeden Schulabgänger öffentliche Gelder (in bargeldloser Form) vergeben werden, mit denen er sich an einer ausgewählten Hochschule bewerben kann. Die einheitliche Prüfung ist, ohne dass dabei bereits über das System des GIFO gesprochen wird, Gegenstand heftiger Diskussionen, die weit über den Rahmen der pädagogischen Gemeinschaft hinausgehen. Die Opponenten dieser Innovationen – die Rektoren der angesehensten Hochschulen des Landes, Viktor Sadovničij (MGU) und Igor Fedorov (MGU) - sehen zwar die Schwächen des derzeitigen Aufnahmeverfahrens an den Hochschulen, sehen aber darin auch eine Gefahr für das Bildungswesen und die beabsichtigte Reform. Am 31. Januar wurden auf einer Beratung im Bildungsministerium erneut die Speerspitzen gekreuzt. „Die einheitliche Prüfung ist ein dringend notwendiges Erfordernis für ein Land, das ein hohes Bildungsniveau garantieren und die akademische Mobilität bewahren will“ – sagte der Rektor der Pädagogischen Herzen-Universität, Gennadij Bordovskij. Ihm entgegnete die Rektorin der Universität von St. Petersburg, Ljudmila Verbizkaja: „Jeder Rektor träumt davon, einmal zu erleben, dass ein normaler Sommer kommt. Aber ich verstehe nicht, wie die Idee der einheitlichen Prüfung technisch umgesetzt werden soll. In einem Monat – das scheint unrealistisch zu sein.“ Der stellvertretende Minister, Viktor Bolotov, nannte der „Izvestija“ die wichtigsten Schlussfolgerungen aus dem ersten Jahr des Experiments. Da ist zuallererst eine Erhöhung des Anteils von 3% bei

der Aufnahme in die Hochschulen von Kindern aus ländlichen Schulen. Sie haben einfach kein Geld, um zu den Aufnahmeprüfungen zu fahren, aber jetzt können sie ihre Zensuren an die Hochschule schicken (ein Zuwachs von 20%). Aber es entmutigt, dass die Zahl der „Fünfen“ von 0,1% auf 8-10% angestiegen ist, während die Zahl der „Einsen“ weniger wurde. Das zeugt davon, dass es die Lehrer in den Schulen mit ihren Schülern gut meinen, und gleichzeitig auch mit sich selbst. Eine unabhängige Kommission wird mit keinem Nachsicht üben ... Alle Regionen, in denen die erste Etappe des Experiment durchgeführt wurde, haben darum gebeten, es auszuweiten. Alle Eltern haben die Neuerung unterstützt. Das Ministerium hat aber nicht die Absicht, die kreativen Hochschulen und die Elitehochschulen in das Experiment einzubeziehen. Ein Problem bleibt die Qualität der Kontrollmaterialien zur Messung der Ergebnisse (einfacher gesagt: der Testmaterialien), die vorher veröffentlicht werden sollen. Noch ist es ein Experiment. Aber zwischen 2004 und 2005 wird, wie die Regierung beschlossen hat, das ganze Land die einheitliche Prüfung kennen lernen. Es wäre gut, wenn bis dahin keine Fragen offen blieben.

Die russischen Studenten bekommen eine Frist

Quelle: Moskovskij komsomolez, 14.02.02, Nr. 22921

<http://www.informika.ru/text/new/press/14-02.html>

Auf einer Pressekonferenz hat der Bildungsminister der RF (= Russische Föderation – d.Ü.), Vladimir Filippov, erklärt, dass es möglich sei, dass die staatliche Absolventenlenkung an die Hochschulen zurückkehrt. Der Terminus „Lenkung“, mit dem die Absolventen der sowjetischen Hochschulen abgeschreckt wurden, könne wieder im studentischen Vokabular auftauchen. Nach Worten von Vladimir Filippov ist es gegenwärtig so, dass 50% der Absolventen von Pädagogischen Hochschulen und 70% der studierten Agronomen nicht auf ihrem Fachgebiet arbeiten. Subventionen – so die Meinung von Vladimir Michajlovič – müssten diese Situation im Bildungsbereich verändern helfen. Alle Studierenden, die sich nicht um einen kostenfreien Platz bewerben, aber studieren möchten, werden aus der Staatskasse eine staatliche zurückzahlbare Finanzhilfe für die Ausbildung erhalten. Die Gelder aus dem Föderationshaushalt werden bargeldlos auf ein Verrechnungskonto der Bildungseinrichtung eingezahlt. Mit jedem Erstsemester schließt die Hochschule einen Vertrag, mit dem sich

die junge Fachkraft verpflichtet, nach dem Studium eine bestimmte Zeit lang (aber nicht mehr als 5 Jahre) in einem Staatsbetrieb zu arbeiten, den das föderale Staatsorgan zuweist. Dazu gehören Schulen und Krankenhäuser in den entlegensten ländlichen Regionen und Gegenden. Danach, wenn die junge Fachkraft die vorgeschriebene Frist abgearbeitet hat, gilt die Schuld als getilgt. Wenn der Absolvent allerdings „den Rücken“ nicht für den Staat „krumm machen“ will, muss er alles an den Staatshaushalt bis auf die letzte Kopeke zurückzahlen. Es ist geplant, dieses System in 2 Jahren einzuführen.

Noch einmal zur Modernisierung. Der Bildungsminister zu Fristen und Verfahrensweisen zur Umsetzung der gefassten Beschlüsse

*Quelle: Nezavisimaja gazeta, 20.02.02, Nr. 33 (2587)
<http://www.informika.ru/text/new/press/20-02.html>*

Die ganze vergangene Woche über hat der Bildungsminister Russlands, Vladimir Filippov, reichlich Interviews zum Thema der Modernisierung des russischen Bildungssystems gegeben.

Auf einer Pressekonferenz der Nachrichtenagentur „Novosti“ hat er noch einmal unterstrichen, dass die traditionelle russische breite Basisausbildung der Schüler Grundlage des Bildungssystems bleibt. Die Hauptsache ist – wie Minister Filippov sagte - die Qualitätsgarantie entsprechend den staatlichen Bildungsstandards Russlands zu erhalten.

Fragen zur tatsächlichen Finanzierung der Reform wurden auf der Pressekonferenz praktisch nicht diskutiert. (...)

Die schwierigste Frage der bevorstehenden Reform ist die Umgestaltung in der Schule, von der heute so viel gesprochen wird. Die Schule wird eine 12-Klassen-Schule: 10 Klassen werden Pflicht für alle, die beiden letzten Jahre sind einer Profilausbildung vorbehalten. Die Kinder werden mit 6 Jahren eingeschult, und mit 16 erhalten sie ein Zeugnis über den Abschluss der zehnten Klasse. Danach muss entschieden werden, „ob man in eine Berufsschule wechselt oder ob man die Ausbildung in einer höheren Profilschule fortsetzt.“

Das System der Abschluss- und Aufnahmeprüfungen wird vollständig geändert. Mit dem Jahr 2005 werden diese in Russland durch die Einheitliche Staatliche Prüfung (EGE) ersetzt. Nach Worten von Filippov soll

die Prüfung dazu beitragen, den Nachhilfeunterricht abzuschaffen. Die Schulabgänger werden 5 Prüfungen in Form von Tests ablegen und mit dem Ergebnis werden sie sich bereits an den Hochschulen bewerben. Es ist vorgesehen, die Prüfungen „außerhalb von Schulen und Hochschulen“ durchzuführen. Für die eigentlichen Tests ist ein solches Schwierigkeitsniveau vorgesehen, so dass nur ein Schulabgänger von Tausend die volle Punktzahl von 100 erreichen kann.

Filipov versprach demnächst Kontrollen der Qualität in der Lehre an den Hochschulen. Eine solche „Qualitätspolizei“ betrifft nach seinen Worten in erster Linie stark nachgefragte Fachrichtungen (die wirtschaftswissenschaftlichen und juristischen).

(...) Und so sehen die annähernden Fristen zur Umsetzung der Reform aus: für das Schuljahr 2006/2007 ist der komplette Übergang zur 12-Klassen-Schule vorgesehen, 2005 wird in ganz Russland die einheitliche staatliche Prüfung Pflicht. Bereits ab September dieses Schuljahres werden die oberen Klassen in den Schulen Profilklassen. An dem Experiment zur Einführung der EGE nehmen in diesem Jahr 17 Regionen anstelle von 5 im vergangenen Jahr teil. In einigen von ihnen wird auch der Mechanismus des GIFO erprobt.

Ohne Titel

Quelle: Belorusskaja Delovaja Gazeta, 06.11.01, Nr. 1062.

Von russischer (Seite – d.Ü.) wird die Neuerung von Lukaschenko auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung kommentiert. „Drei Mal habe ich versucht, die belorussische akademische Wissenschaft mit Hilfe der Wissenschaftler zu reformieren. Der hohe Grad an Konservatismus in diesem Milieu hat jedoch nicht das erhoffte Ergebnis gebracht. Aus diesem Grund beginnt der neuerliche Versuch die Effektivität zu erhöhen damit, dass für den Posten des Präsidenten der NAN (= Akademie der Wissenschaften von Belarus – d.Ü.) ein hervorragender Manager, Doktor der Wirtschaftswissenschaften und ehemaliger Leiter der Verwaltung des Präsidenten, Michail Mjasnikovič, ernannt wird.“

Auf diese Weise erläuterte Aleksandr Lukaschenko sein ungewöhnliches Vorgehen der Belegschaft der Nationalen Akademie der Wissenschaften während der Vorstellung des neuen Präsidenten der NAN, schreibt die GazetaSNG.ru. Das Oberhaupt des belorussischen Staates er-

klärte, dass der Beschluss im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Vollmachten gefasst wurde und der bedingungslosen Ausführung unterliegt. Viele Wissenschaftler hoben in ihren Reden hervor, dass sie das Dekret kritisch aufnehmen, das mit einer über Jahrzehnte gewachsenen Lebensform der Akademie bricht, wonach die Leiter gewählt und nicht ernannt wurden. Aleksandr Lukaschenko reagierte darauf sofort: das von ihm unterzeichnete Dekret nimmt keinen Einfluss auf die Autorität der nationalen Wissenschaft, da sie vor allem anhand der Ergebnisse aus der Tätigkeit der Wissenschaftler beurteilt wird. Und sie sollen die besten sein. Zum Beispiel wurden im letzten Jahr zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschungen, die in der NAN durchgeführt wurden, 70 Milliarden belorussische Rubel (\$1 = 1500 Rubel) bereitgestellt, im laufenden sind es 180 Milliarden Rubel. Die Erhöhung der Investitionen in der Grundlagenforschung führte paradoxerweise dazu, dass die Erträge aus der Forschungstätigkeit und wissenschaftlichen Arbeit zurückgingen. Die Wissenschaft in Belarus soll zu einem Instrument zur Umsetzung der Prioritäten der sozial-ökonomischen Entwicklung des Landes werden, wie Aleksandr Lukaschenko hervorhob. Er ist davon überzeugt, dass die in der NAN durchgeführten Reformen ihre Effektivität mindestens um das Doppelte steigern können. Bislang beträgt der Nutzeffekt, nach Worten von Aleksandr Lukaschenko, ganze 0,20. Ein schwaches Glied in der Arbeit der Nationalen Akademie der Wissenschaften ist gegenwärtig das Fehlen einer einheitlichen Innovationskette: Forschung – Entwicklung – Produktion. Noch handeln Wissenschaft und Produktion ohne den notwendigen Kontakt und der Transfer von Entwicklungen muss - wie es heißt - angeschoben werden. Das Oberhaupt des belorussischen Staates hat beschlossen, in der NAN, in der in 42 Instituten fast 11.000 Beschäftigte arbeiten, Innovationsabteilungen einzuführen, deren Hauptaufgabe es sein wird, sich mit dem Transfer der Erfindungen von belorussischen Wissenschaftlern zu beschäftigen. Nach Worten von Aleksandr Lukaschenko wird in nächster Zeit das Hauptaugenmerk auf die Entwicklung solcher Wissenschaftszweige gerichtet werden wie der Elektronik, Rechentechnik, Programmierung, Telekommunikation, Informationsdienstleistungen, biologischen und chemischen Technologien, neuen Werkstoffe. Außerdem hat das belorussische Staatsoberhaupt die Absicht, junge Wissenschaftler mit Perspektive zu unterstützen und entsprechende Bedingungen für ihre Arbeit zu schaffen. Er ist davon überzeugt, dass bei einer komplexen Lösung der organisatorischen und rechtlichen Fragen sowie der Personalfragen

eine Reform der nationalen Wissenschaft möglich ist. Der ehemalige Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften, Aleksandr Vojtovič, den Aleksandr Lukaschenko mit dem Posten des Vorsitzenden der Obersten Kammer der Nationalversammlung betraute, hat sich kritisch zu dem Dekret des belorussischen Staatsoberhauptes zur Reorganisation der NAN geäußert. In einem Interview mit „Interfax“ erklärte er, dass „die Hauptprobleme der belorussischen Wissenschaft in der materiell-technischen Basis, der Versorgung mit Informationen und Personal liegen. Der Prestigeverlust der Wissenschaft ist nicht nur mit dem niedrigen Gehalt verbunden, sondern auch mit den fehlenden Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung“ – sagte der Ex-Präsident der Akademie der Wissenschaften von Belarus. Seiner Meinung nach „wurde die Gesamtfinanzierung der AdW im Vergleich zu 1990 um das Fünffache reduziert.“ Äußerst kritisch sieht Aleksandr Vojtovič auch die Entwicklung der Innovationstätigkeit, auf die Aleksandr Lukaschenko setzt. Der Sprecher des Republikrates in der Nationalversammlung ist davon überzeugt, dass sie ohne Investitionen und ohne eine per Gesetz fixierte Regulierung nicht möglich ist. „Die Innovationstätigkeit birgt ein sehr großes Risiko in sich. Im Ausland weiß man darum und gewährt kleineren und mittleren Unternehmen Präferenzen bei der Innovationstätigkeit, selbst bei der Vergabe von Krediten. Bei uns gibt es das nicht“ – erklärte der Wissenschaftler.

Olga Tomaševskaja: In der Wissenschaft sein (Lukaschenkos – d.Ü.) Präsident - und jetzt richtet er eine Leitungs“vertikale“ unter seiner Person ein

Quelle: Belorusskaja delovaja gazeta, 23.01.02, Nr. 1099

In nächster Zeit soll die Reform der Nationalen Akademie der Wissenschaften beginnen, die übrigens alle wissenschaftlichen Einrichtungen von Belarus betreffen wird. Am Dienstag wurden auf einer Beratung in der Akademie der Wissenschaften, an der Aleksandr Lukaschenko teilnahm, gerade diese Fragen erörtert. Nach Worten des Präsidenten gibt es noch keinen Beschluss, der der Akademie den Status eines staatlichen Leitungsorgans verleiht und die Meinungen der Anwesenden „können von ausschlaggebender Bedeutung sein.“

Die Vorschläge zur Reformierung des Leitungssystems der wissenschaftlichen Tätigkeit wurden noch Ende des vergangenen Jahres erarbei-

tet. Der Urheber dieser Idee ist der neue Präsident der NAN (= Nationale Akademie der Wissenschaften – d.Ü.) Michail Mjasnikovič. Die Vorschläge zur Einrichtung eines neuen Systems wurden noch im Dezember vergangenen Jahres an die Verwaltung des Präsidenten übergeben. Faktisch laufen sie auf eine Zentralisierung des Leitungssystems der Wissenschaft hinaus. Nach Meinung von Michail Mjasnikovič, die er früher in einem Interview mit der „BDG“ (= Belorusskaja Delovaja Gazeta – d.Ü.) äußerte, „ist die Wissenschaft heute ... verzettelt, gibt es Dopplungen, die Aktionen sind nicht abgestimmt.“ Das erstellte Schema zur Reformierung macht es nach Auffassung der Akademieleitung möglich, ein effektiveres Leitungssystem der Wissenschaft zu etablieren. Entsprechend einer Vorabinformation wird die Akademie der Wissenschaften zum Zentralorgan (ähnlich dem Wissenschaftsministerium), das die gesamte Leitung und Koordination der Tätigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes übernehmen wird.

Man geht davon aus, dass das Organ, das die endgültigen Beschlüsse fällen wird, nicht die Vollversammlung sein wird, wie das früher war, sondern eine Generalversammlung. Dabei sollen der Generalversammlung nicht nur die Vertreter der Akademie der Wissenschaften angehören, sondern auch der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und der ihnen gleichgestellten wissenschaftlichen Einrichtungen. Entsprechend der Vorabinformation ist vorgesehen, dass in der Generalversammlung eine Vertretung der wissenschaftlichen Institute erfolgen soll, in denen 10 und mehr Doktoren der Wissenschaften tätig sind. Man plant, auch das Präsidium der Akademie der Wissenschaften zu erweitern. Dem sollen nicht nur Vertreter der Akademie angehören, sondern auch der Staatsorgane, die eine Beziehung zur Wissenschaft haben, sowie Vertreter von Hochschulen und aus der Industrieforschung. Zu den höchsten Organen der Akademie sollen auch das belorussische Patentamt, das Komitee für Wissenschaft und die Höchste Attestationskommission gehören. Nach Worten von Michail Mjasnikovič soll in der Wissenschaft eine „organisatorische Leitungsvertikale“ errichtet werden.

Im Prinzip unterstützt man nicht nur in der Akademie der Wissenschaften eine solche Lösung des Problems. So sagte zum Beispiel der Vorsitzende des Komitees für Wissenschaft, Anatolij Lesnikovič, in einem Interview dem Korrespondenten der „BDG“: „Bislang war die Leitung der Wissenschaft ein System mit mehreren Zentren. Ich habe einige Zeit diese Tätigkeit ausgeübt und zu spüren bekommen, was das heißt. Es

geht nicht, wenn einmal das Komitee für Wissenschaft entscheidet und ein anderes Mal die Akademie der Wissenschaften. Dabei hat keine dieser Einrichtungen irgendein Übergewicht in Leitungsangelegenheiten. Zum Beispiel hat die Akademie stets ihre Interessen verteidigt, die nicht immer mit den Interessen der Wissenschaft an den Hochschulen übereinstimmen. Jeder bestand auf seinen Interessen, und das ist verständlich – das eigene Hemd ist einem näher. Deshalb bin ich für die Einrichtung eines einheitlichen Systems. Das sollte ein schlankes System sein, in dem alle Bereiche der Wissenschaft vertreten sein werden. Eine zentralisierte Leitung ermöglicht eine bessere Koordination der Fragen zur Verteilung der Finanzmittel, der Hauptrichtungen der Tätigkeit, der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung.“ Dabei erklärte Anatolij Lesnikovič, dass er nichts dagegen hätte, wenn die Nationale Akademie der Wissenschaften im System der Leitung der Wissenschaft die Hauptrolle übernehmen würde.

Es ist klar, dass die Reform der Wissenschaft zu einer Reduzierung der Zahl der wissenschaftlichen Einrichtungen führen wird. Nach Auffassung der Akademieleitung gibt es heute eine Vielzahl von Instituten, die autonom voneinander arbeiten und sich deshalb mit ein und demselben beschäftigen. Dabei werden die staatlichen Finanzmittel auf die Tätigkeit aller Einrichtungen verteilt. Durch eine Zentralisierung glaubt die Akademieleitung, die staatliche Finanzierung für die Wissenschaft insgesamt kürzen zu können. Dabei wird angenommen, dass durch die Reduzierung der Zahl von Subjekten, die eine wissenschaftliche Tätigkeit ausführen, die Finanzierung, die jedes einzelne von ihnen erhält, größer wird. (...)

Man kann festhalten, dass im Ergebnis der Reform die Akademie der Wissenschaften faktisch den Status eines Ministeriums erhält. In der ganzen Welt gibt es nichts vergleichbares. In der Regel haben Akademien ausschließlich die Funktion wissenschaftlicher Zentren.

*Auswahl und Übersetzung:
Christine Teichmann (Wittenberg)*